

## PIRATEN begrüßen die Ablehnung des CCS-Gesetzes



Pressemitteilung Nr. 11 / 2011  
Halle / Magdeburg, 23.09.2011

Der Gesetzesentwurf zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid, das so genannte "CCS-Gesetz", wurde am heutigen Freitag im Bundesrat abgelehnt. Damit ist die schwarz-gelbe Bundesregierung, die das Gesetz im Juli 2011 beschlossen hatte, mit ihrem Versuch gescheitert die EU-Richtlinie zur unterirdischen Speicherung des Klimagases Kohlendioxid in nationales Recht umzusetzen. Sowohl der Bundesrat, als auch die Bundesregierung wollen den Vermittlungsausschuss nicht anrufen.

Die Piratenpartei Brandenburg sprach sich bereits im Rahmen des Landesparteitages im Februar 2011 in Cottbus einstimmig gegen die CCS-Technologie aus, auch die Abstimmung [1] in der bundesweiten Meinungsbildungsplattform LiquidFeedback zeigt die deutliche Ablehnung. Die Piratenpartei Sachsen-Anhalt begrüßt daher die Entscheidung des Bundesrates. "Die CCS-Technologie birgt ähnliche Risiken wie die sogenannte Endlagerung von radioaktiven Materialien. Bei beiden sind die Risiken unzureichend erforscht und deshalb nicht absehbar. Des Weiteren werden hier dem Steuerzahler langfristig Kosten auferlegt, da die Einlagerung irreversibel ist und nach 30 Jahren dem Bund das Haftungsrisiko und die Überwachungskosten für die Speicherorte auferlegt werden." erklärt Roman Ladig, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Sachsen-Anhalt.

Alexander Zinser, ebenfalls Mitglied des Landesvorstandes, ergänzt: "Das CCS-Konzept betrachtet das Treibhausgas CO<sub>2</sub> als Abfall, der entsorgt werden muss. Anstelle dessen sollte das CO<sub>2</sub> in der Zukunft nicht mehr als Müll, sondern als Kohlenstoffquelle für die chemische Industrie betrachtet werden, also CCR (Carbon Capture and Recycle). Dadurch kann auch die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen reduziert werden. Zum Beispiel ist es heute bereits technisch möglich CO<sub>2</sub> in Verbindung mit Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien über Elektrolyse gewonnen wird, in Basischemikalien der chemischen Industrie oder in Kraftstoffe für Autos umzuwandeln."

[1] <https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/180.html>

Pressekontakt

<http://www.piraten-lsa.de/presse>

E-Mail: [presse@piraten-lsa.de](mailto:presse@piraten-lsa.de)

Tel.: 0176 - 420 637 74

*Die Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) ist mit über 12.000 Mitgliedern die größte der nicht im Bundestag vertretenen Parteien. Die PIRATEN treten ein für Bürgerrechte, mehr direkte und indirekte Mitbestimmungsmöglichkeiten, Transparenz des Staates, Schutz der Privatsphäre, Bekämpfung von Monopolen, gebührenfreie Bildung sowie Offenlegung von öffentlich geförderten Forschungsergebnissen.*

*2009 erreichte die junge und aktuell bereits in 42 Ländern weltweit vertretene Bürgerrechtspartei bei der Europawahl in Deutschland 0,9% und bei der Bundestagswahl schon 2% der Stimmen. Im Europaparlament stellen sie durch die schwedische »Piratpartiet« zwei Abgeordnete und sind bundesweit bereits mit über 100 Mandaten in zahlreichen Kommunalparlamenten vertreten. Am 18.09.2011 gelang es der Berliner Piratenpartei erstmals mit 8,9% der Stimmen in ein deutsches Landesparlament einzuziehen.*

*Mit nunmehr über 200 Mitgliedern arbeitet der Landesverband Sachsen-Anhalt an den entscheidenden politischen Themen des 21. Jahrhunderts, für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.*

Deutschland: <http://www.piratenpartei.de>

Sachsen-Anhalt: <http://www.piraten-lsa.de>

International: [http://wiki.piratenpartei.de/PP\\_International](http://wiki.piratenpartei.de/PP_International)